

WOLFURT/BREGENZ

Zoll: Pilotversuch wird verlängert

Vorerst bis Ende Oktober verlängert wird der Pilotversuch zur verlängerten Zollabfertigung beim Güterbahnhof Wolfurt. Das wurde am Freitag in einer Aussendung des Landes bekannt gegeben. Konkret geht es darum, dass im Juli der Abfertigungsbeginn beim Gemeinschaftszollamt von 7 Uhr auf 6 Uhr vorverlegt worden ist. Dadurch sollte es zu einer Entlastung im morgendlichen Berufsverkehr rund um den Güterbahnhof kommen. Die Hoffnung hat sich aus Sicht von Landesrat Marco Tittler (ÖVP) bestätigt. Durch die Verlängerung des Pilotversuchs sollen die bisherigen Erkenntnisse vertieft und gefestigt werden.

Fast 20 Prozent der Lkw-Abfertigungen finden seit Beginn des Pilotversuchs zwischen 6 und 8 Uhr morgens statt, berichtete Tittler. Zu einer Verbesserung der Verkehrssituation habe auch die Errichtung einer Warte spur für Lkw auf der L 190 beigetragen.

Der Landesrat macht sich daher gemeinsam mit Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) in einem Schreiben an die zuständigen Ministerien in Wien und Bern dafür stark, den früheren Abfertigungsbeginn dauerhaft zu behalten. Dieser bringe eine Entlastung, die nicht durch andere Maßnahmen kompensiert werden könnten.



Die frühere Abfertigung soll Verkehrsentslastung bringen.

VOLAT

Lebenswerter Ort mit

Rechnungshofprüfer nahmen die Gemeinde Göfis unter die Lupe: Hohe Lebensqualität, aber auch Mängel bei den Finanzen und in der Verwaltung.

Von Michael Steinlechner
michael.steinlechner@neue.at

Lo**b**, aber auch deutliche Kritik gab es von den Prüfern des Landes-Rechnungshofes (L-RH) für die Verantwortlichen der Gemeinde Göfis. Einerseits handle es sich um einen lebenswerten Ort, in dem die Bürger aktiv in die Weiterentwicklung der Kommune miteinbezogen würden. Andererseits sei die finanzielle Situation der Gemeinde angespannt und habe sich im vom L-RH untersuchten Zeitraum (2015 bis 2018) sogar noch verschärft. Auch fehle teilweise die Transparenz in Finanzfragen.

Attraktiver Ortskern. Die Pressekonferenz zum Prüfbericht begann L-RH-Direktorin Brigitte Eggler-Bargehr jedoch mit den positiven Seiten der Gemeinde. Schon bei ihrem ersten Besuch seien die Prüfer vom „sehr attraktiven Bild“, das der Ort biete, begeistert gewesen. Der erste Eindruck habe sich dann auch durchaus bestätigt. So habe sich Göfis als Wohn-gemeinde positioniert und auch die entsprechende Infrastruktur mit Kinderbetreuung, leistbaren Wohnungen und einem attraktiven Ortskern geschaffen. Ebenso gebe es starke Kooperationen vor allem mit anderen Vorderlandgemeinden. Allerdings regte Eggler-Bargehr an, bei der Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen die entsprechenden Richtlinien des Landes zu beachten. Außerdem empfahlen die Rechnungshof-Experten,



dass in der Gemeinde ein Gesamtkonzept für Pflege und Betreuung erstellt wird.

Es gehe bei einer Prüfung jedoch auch darum, „einen Blick hinter die Kulissen zu werfen“, sagte die L-RH-Direktorin. Dabei habe sich gezeigt, dass es bei viel Licht eben auch Schattenseiten gebe. So hätten die Prüfer eine gewisse „Unbeschwertheit“ bei internen Abläufen festgestellt. Beispielsweise seien etwa Kassenbelege unzureichend gewesen oder hätten gänzlich gefehlt. Zudem gebe es im Bereich des Mahnwesens viele offene Forderungen, die teilweise schon seit mehreren Jahren fällig seien. Hier müsse mit mehr Sorgfalt vorgegangen werden. Außerdem brauche es Regelungen für ein internes Kontrollsystem. Eggler-Bargehr erinnerte die Gemeindeverantwortlichen auch an die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich

Befangenheit. Denn bei der Prüfung habe sich gezeigt, dass bei der Vergabe von Aufträgen an Gemeindevertreter oder -bedienstete nicht immer ausreichend auf mögliche Interessenskonflikte geachtet worden sei.

Keine Freude hatten die Prüfer auch mit der finanziellen Lage in der Gemeinde. So liege die Verschuldung mit etwa 15 Millionen Euro deutlich höher als das jährliche Haushaltsvolumen von etwa elf Millionen Euro. Erschwerend komme dabei hinzu, dass es zudem noch einen hohen Anteil an Frankenkrediten gebe. Der Schuldenstand der Gemeinde sei im geprüften Zeitraum von knapp 4000 Euro pro Kopf auf 4600 Euro angestiegen. In vergleichbaren Kommunen sei die Verschuldung dagegen auf etwa 2800 Euro pro Kopf zurückgegangen. Problematisch ist aus Sicht von Eggler-Bargehr auch, dass es im Gemeindehaus-